

## Editorial

Dieses Heft der Zeitschrift für Politik (ZfP) ist nach fast sechs Jahrzehnten das erste, das nicht als »Organ der Hochschule für Politik München« oder »in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Politik München« erscheint.

Was auf den ersten Blick wie ein Traditionsbruch aussieht, ist tatsächlich das Gegen teil. Die Hochschule für Politik hat sich nach der Übertragung ihrer Trägerschaft von der Ludwig-Maximilians-Universität München an die Technische Universität München durch den Bayerischen Landtag personell völlig neu aufgestellt und mit einem neuen Profil inhaltlich fokussiert. Diese Fokussierung spiegelt nicht mehr das fachliche Selbstverständnis der Zeitschrift wider, die sich in der Tradition der Staatswissenschaften einer Politikwissenschaft in der gesamten Breite und Vielfalt des Fachs verpflichtet fühlt; einer Politikwissenschaft nicht nur mitsamt ihrer Subdisziplinen wie Politische Theorie und Philosophie, Politische Systemlehre und Internationale Beziehungen, sondern auch mit einem offenen Blick für ihre Nachbardisziplinen wie insbesondere Soziologie, Kommunikationswissenschaft, Zeitgeschichte, Politische Rechtslehre und Politische Ökonomie.

Diese Breite des fachlichen Selbstverständnisses spiegelte sich in der Vergangenheit auch in der Professoren- und Dozentenschaft der Hochschule für Politik, der Lehrende von Universitäten in ganz Bayern angehörten, die selbst aber über keinen hauptamtlichen Lehrkörper verfügte. Aus diesem breit gefächerten Lehrkörper rekrutierte sich über Jahrzehnte auch die Herausgeberschaft der ZfP. Weil aus der »alten« Hochschule nun ein »ganz normales« Universitätsinstitut geworden ist, das mit einem hauptamtlichen Lehrkörper zudem eine fachliche Spezialisierung der an ihr betriebenen Politikwissenschaft auf das Verhältnis von Politik und Technik verfolgt, ist die personelle Verknüpfung von Hochschule und Zeitschrift in der bewährten Form nicht mehr möglich gewesen.

»Organ der Hochschule für Politik«, als das die Zeitschrift über Jahrzehnte firmierte, war sie schon seit einigen Jahren nicht mehr und erschien ausweislich ihres Untertitels nur noch »in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Politik«. Die endgültige Trennung war nun der folgerichtige nächste Schritt.

Die Herausgeberschaft der ZfP hatte sich schon im Verlauf der vergangenen zehn Jahre im Zuge von Neubesetzungen aus der ehemals engen personellen Verbindung mit der Hochschule gelöst und versammelt mittlerweile in ihren jeweiligen Disziplinen ausgewiesene Wissenschaftler nicht mehr nur aus »ganz Bayern«, sondern aus der gesamten Republik. Im Laufe des Jahres 2019 wird auch der wissenschaftliche Beirat ergänzt und teilweise neu besetzt werden.

Der Hochschule für Politik wünschen Herausgeber, Verlag und Redaktion viel Erfolg auf dem von ihr eingeschlagenen Weg und hoffen, dass sie und die an ihr Lehrenden und Forschenden der Zeitschrift auch in Zukunft gewogen bleiben.

*Andreas Vierecke*